

Rede Andrea Caroni

Medienkonferenz 24. Mai 2019

Es gilt das gesprochene Wort / Seul le texte prononcé fait foi.

Geschätzte Medienschaffende

Ich bin keiner, der in der Umwelt- und Klimapolitik in übereifrigen Aktivismus ausbrechen will. Doch die Herausforderung ist da. Nicht nur – aber auch – als Vater will ich den nachfolgenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Genauso wie ich ihnen auch eine prosperierende Wirtschaft, stabile Sozialversicherungen, ein hochwertiges Bildungssystem oder eine gute Nachbarschaft in Europa hinterlassen will. Wie all diese Themen ruft auch die Umweltpolitik nach liberalen Lösungen.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: Am 1. März beschloss die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) einstimmig eine Vollbefragung unserer Mitglieder. Bis Ende April haben wir all unseren 120'000 Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zur künftigen liberalen Umwelt- und Klimapolitik abzugeben.

Über 14'000 Personen haben diese Gelegenheit ergriffen. Über 14'000 Personen haben sich Zeit genommen, teilweise komplexe Fragestellungen zu beurteilen. Das ist ein schöner Erfolg.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse aus der Umfrage?

1. Diese in der Geschichte der FDP einmalige Mitgliederbefragung hat gezeigt, dass unsere FDP-Basis das Thema bedeutsam findet und sich einig ist: Man wünscht sich grundsätzlich und unabhängig von Wohnort, Geschlecht oder Alter ein noch sichtbareres Engagement der Partei hierzu.
2. Die Umfrage hat uns auch bestätigt, dass für unsere Mitglieder primär die Eigenverantwortung zählt, verbunden mit dem Glauben an die Kraft von Innovation, Fortschritt, Ideenwettbewerb und internationaler Koordination. Greift all dies zu wenig, sind unsere Mitglieder aber klar auch bereit, Massnahmen wie zum Beispiel Lenkungsabgaben mitzutragen. In Ausnahmefällen und als ultima ratio sind auch stärkere Restriktionen nicht ausgeschlossen.

Nach dieser Umfrage ging der intensive Prozess weiter:

- Zuerst hat eine Begleitgruppe auf Basis der Umfrage einen Entwurf erarbeitet. Zu Wort kam auch unsere Fachkommission Energie und Infrastruktur, in der auch alle Mitglieder der UREK und der KVF vertreten sind.
- Danach kam das Papier in den Vorstand.
- Schliesslich hat die PPK in zwei ausserordentlichen intensiven Sitzungen dann rund 150 Anträge debattiert.

Dieses umfassende Positionspapier ist das stolze Resultat und zeigt eindrücklich, wie viel der FDP an einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik liegt.

Unsere Delegierten erhalten das Papier diese Tage in ihre Briefkästen. Sie werden dann an der DV vom 22. Juni in Zürich abschliessend über die Position entscheiden. Was Sie also vor sich haben, ist der Vorschlag der PPK zuhanden der DV, an der natürlich auch Anträge gestellt werden können.

Schliesslich wird sich auch unsere Fraktion weiterhin im Thema engagieren. Sie wird in diesem Papier eine wertvolle und starke Inspirationsquelle finden.

Nicht nur im Inhalt, sondern auch schon im Aufbau des Papiers wollen wir nah bei den Menschen sein. Entsprechend ist es nach den vier Kapiteln Natur, Wohnen, Arbeit/Bildung und Verkehr aufgebaut.

Sie finden in allen vier Bereichen immer die gleiche Kaskade von Massnahmen: Zuerst Eigenverantwortung, dann Lenkung und schliesslich - als ultima ratio - weitergehende Restriktionen.

Diese Kaskade leitet sich ab aus den Grundsätzen der freisinnigen Umwelt- und Klimapolitik.

- Wir Liberalen glauben an den Fortschritt, der durch den Forschungsgeist und die Innovationskraft der beteiligten Menschen und Unternehmen vorangetrieben wird. Nichts dient der Umwelt mehr als das. Das zeigt ein Blick in die Geschichte und um den Globus.
- Für uns steht dabei das eigenverantwortliche Individuum im Zentrum. Dieses benötigt liberale Rahmenbedingungen, damit es seine Freiheit und Schaffenskraft dem Fortschritt und der Umwelt dienend entladen kann. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören der freie Ideenwettbewerb, Technologieneutralität, internationale Zusammenarbeit, funktionierende Märkte und transparente Information. Umgekehrt sind Fehlanreize und regulatorische Hindernisse abzubauen. Der liberale Staat ist in der Pflicht, ein solches Umfeld zu schaffen und die Wirtschaft tut gut daran, die sich ergebenden Chancen zu nutzen
- Die Folgen des eigenen Handelns sind jedoch nicht immer unmittelbar spürbar. Entsprechend braucht es bisweilen ergänzend auf dem Verursacherprinzip beruhende Lenkungsmassnahmen, die Kostenwahrheit herstellen. Damit solche Massnahmen mehrheitsfähig sind, müssen Kosten und Nutzen für den Einzelnen und die Gesellschaft abgewogen werden. Übers Ganze betrachtet sollten daher solche Lenkungsmassnahmen belastungsneutral ausfallen. Schliesslich sind solche Lenkungsinstrumente wo immer möglich international anzugehen. Dies gilt besonders für die Klimapolitik, denn eine globale Herausforderung kann man letztlich nicht lokal lösen.
- Zuletzt und erst, wenn Eigenverantwortung und Lenkungsmassnahmen nicht ausreichen, kommen weitergehende Massnahmen in Frage.

Gerne übergebe ich nun an meinen Kollegen, Nationalrat Benoît Genecand, der Ihnen die beiden ersten Bereiche vorstellen wird.